



Kurz & gut

Diskriminierungsfreie Polizeiarbeit¹

(FRB Februar 2018)

Polizistinnen und Polizisten treffen in ihrer täglichen Arbeit mitunter spannungsreiche Situationen an. Polizeieinsätze können sowohl für Polizeibeamte als auch für kontrollierte Personen Stress auslösen. Durch die heterogene Zusammensetzung der Schweizer Gesellschaft können sprachliche oder kulturelle Barrieren entstehen, die es ernst zu nehmen und zu thematisieren gilt.

Zur Sicherstellung einer professionellen und diskriminierungsfreien Arbeit der Polizei gehören **Aus- und Weiterbildungen** zu Fragen der Menschenrechte und rassistischer Diskriminierung, die regelmässige Überprüfung der polizeilichen **Kontroll- und Anhaltepraxis** sowie die Bereitstellung von effektiven **Beschwerdeinstanzen** für den Fall von Vorwürfen wegen polizeilicher Übergriffe (mit oder ohne rassistischem Motiv).

Die Polizei soll ein Spiegel der Gesellschaft sein. Die **Öffnung der Polizeikorps** für Mitarbeitende mit Migrationshintergrund fördert die Akzeptanz der Polizei, mindert Konfliktpotenziale und kann damit effizienter arbeiten. Es muss allerdings vermieden werden, dass gewisse Problemsituationen allzu rasch an eine «passende» Person im Polizeikorps delegiert werden.

«[...] *Anders sein* soll einerseits mehr wertgeschätzt werden, andererseits unternimmt die Stadtpolizei Anstrengungen, bei der Personalwerbung vermehrt Bevölkerungskreise anzusprechen, die heute im Personalkörper untervertreten sind. Das gilt namentlich für:

- Anteil der Frauen, vor allem auch im Kader
- Personen, die in der Stadt aufgewachsen sind oder leben
- Personen mit Migrationshintergrund»

(Stadt Zürich, Strategischer Plan des Polizeidepartements 2015–2019, S. 24)

¹ In der Rubrik *Kurz & gut* beleuchtet die Fachstelle für Rassismusbekämpfung in regelmässigen Abständen einen Lebensbereich, in dem Menschen rassistisch diskriminiert werden. Grundlage ist der alle zwei Jahre erscheinende Bericht der FRB «Rassistische Diskriminierung in der Schweiz». Siehe Rubrik auf der Webseite der FRB «kurz und gut», www.frb.admin.ch > Berichterstattung und Monitoring > kurz und gut.

Projekte und Programme – «Das Bauchgefühl allein reicht nicht»²

Themen wie Ethik und Menschenrechte werden in der polizeilichen **Ausbildung** schweizweit behandelt. An der Polizeischule Ostschweiz wird beispielsweise seit 2009 das Fach «Interkulturelle Kompetenz in der Polizeiarbeit» unterrichtet. Die Inhalte der Unterrichtssequenzen werden laufend angepasst und überarbeitet. Im Jahr 2018 wird auch ein einheitliches Lehrmittel erstellt, das die Themen Rassismus, rassistische Diskriminierung und «**Racial Profiling**» aufgreift. Das Lehrmittel soll angehenden Polizistinnen und Polizisten als Nachschlagewerk dienen.

Von «**Racial Profiling**» wird gesprochen, wenn eine Person ohne konkretes Verdachtsmoment aufgrund von physiognomischen Merkmalen, ethnischer Herkunft, kulturellen Merkmalen (Sprache, Name) und/oder religiöser Zugehörigkeit von Polizei-, Sicherheits- oder Zollbeamten kontrolliert wird. «Racial Profiling» wird als ineffektiv kritisiert und ist beispielsweise in Grossbritannien und den USA verboten.

Um Spannungen bei **Personenkontrollen** vorzubeugen, läuft im Kanton Bern seit mehreren Jahren das «Projekt Dialog». Dieses wird von der Beratungsstelle gggn, der Kantonspolizei Bern sowie dem Swiss African Forum getragen und soll helfen Personenkontrollen spannungsfreier zu gestalten. Hierzu wird ein dreisprachiger

Flyer angeboten, der über die Rechte und Pflichten der Kontrollierten und der Kontrollierenden informiert.

Die Stadtpolizei Zürich hat im November 2017 neue Regeln für die Durchführung von Personenkontrollen eingeführt. Diese beruhen auf dem Projekt «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern (PiuS)», das als Reaktion auf die Vorwürfe, gewisse Bevölkerungsgruppen übermässigen Kontrollen auszusetzen, ins Leben gerufen wurde. Neu müssen Polizistinnen und Polizisten den kontrollierten Personen den Grund für die Kontrolle nennen. Seit Juni 2017 kommt zudem in einem Pilotversuch eine App zum Einsatz, in der Zeitpunkt, Ort, Organisationseinheit und das Ergebnis der Kontrolle festgehalten werden. In der definitiven Version sollen auch Gründe für die Personenkontrolle erfasst werden. Auf ein Quittungssystem, wie es in anderen Städten (z. B. Basel, Bern) gefordert wird, verzichtet die Stadtpolizei Zürich. Der bernische Grosse Rat hat sich im Januar 2018 gegen die Aufnahme eines Passus zu «Racial Profiling» im Polizeigesetz entschieden. Begründet wird dieser Entscheid u. a. damit, dass der Thematik mit dem Diskriminierungsschutz auf Verfassungsstufe bereits ausreichend Rechnung getragen werde und sich die Polizei dazu verpflichte, die Grundrechte zu wahren.

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) veröffentlichte 2014 eine Studie zu den **Beschwerdemechanismen**. Diese bietet eine vollständige und kritische Übersicht über die Beschwerdemechanismen in Kantonen und Städten und zum Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe. Die Studie geht allerdings nicht spezifisch auf das Thema der rassistischen Übergriffe ein. In 6 Kantonen und 6 Städten bestehen Ombudsstellen, die bei

² <http://www.pszeitung.ch/kontrollen-mit-gutem-grund/>

Beschwerden gegen das Verhalten der Polizei Vermittlungsgespräche durchführen, bei denen beide Parteien ihre Sichtweisen darstellen können.

«Ein dunkelhäutiger Mann wird am Morgen auf dem Weg zur Arbeit am Bahnhof von zwei Polizisten angehalten und angewiesen, seine Identitätskarte zu zeigen. Er fragt sie, warum sie von all den Leuten am Bahnhof nur ihn kontrollierten, worauf einer der Polizisten antwortet: «Weil Sie schwarz sind». Der Ratsuchende fühlt sich herabgesetzt und sucht Rat.»

(Monitoringbericht «Rassismussvorfälle in der Beratungspraxis. Januar bis Dezember 2016». Beratungsnetz für Rassismussopfer, 2017, S. 13)

Die «Allianz gegen Racial Profiling» wurde 2016 als informeller Zusammenschluss von Personen aus Wissenschaft, Kultur und Menschenrechtsorganisationen gegründet. Sie hat zum Ziel, sich gemeinsam mit Betroffenen gegen institutionellen Rassismus in den Schweizer Polizeikorps zu wehren und Reformen zu fordern sowie Wissen und Informationen zum Thema aufzubereiten. In Zusammenhang mit Klagen von Betroffenen betreibt die Allianz Öffentlichkeitsarbeit, um breitere Kreise auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Weiterführende Informationen

- Beratungsnetz für Rassismussopfer. Auswertungsberichte «Rassismussvorfälle aus der Beratungspraxis»
- Künzli, Jörg / Sturm, Evelyne et al. Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe. Eine Darstellung der Beschwerdemechanismen in der Schweiz. Hrsg. Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte. Bern, 21. Februar 2014
- Ombudsstelle der Stadt Zürich: Jahresberichte 2010 und 2014
- Stadt Zürich. Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern (PiuS). Bericht Analysephase Teilprojekt 1 Personenkontrollen
- Stadt Zürich. Strategischer Plan des Polizeidepartements 2015–2019
- www.gggfon.ch > Projekte > Projekt Dialog
- www.humanrights.ch > Themendossiers > Rassismus > Rassistisches Profiling
- www.stop-racial-profiling.ch